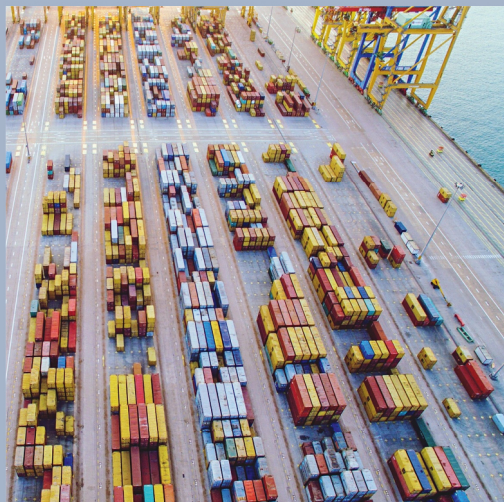


vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Wertschöpfungsketten im Inland sichern

Stand: Oktober 2017
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Wir brauchen Produktion und Beschäftigung in der gesamten Wertschöpfungskette

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat das Roland Berger Institute mit der Studie *Gegenwart und Zukunft industrieller Wertschöpfung in Deutschland* beauftragt. Unsere Studie zeigt, dass der Inlandsstandort für die Industrieunternehmen nach wie vor von zentraler Bedeutung ist. Praktisch alle Unternehmensfunktionen sind am Inlandsstandort vorhanden, der inländische Beschäftigtenanteil ist höher als der Umsatzanteil im Inland.

Ein entscheidender Vorteil des Standorts Deutschland und Bayern ist die Tatsache, dass die industrielle Wertschöpfungskette in ihrer ganzen Breite vorhanden ist. Dies bestätigen auch andere Studien.

Im vorliegenden Positionspapier haben wir die Punkte aufgeführt, die aus Sicht der bayerischen Wirtschaft im Besonderen notwendig sind, um möglichst alle Segmente der industriellen Wertschöpfungskette im Inland zu halten und so Produktion und Beschäftigung am heimischen Standort zu sichern.

Unser Standort, unser Land braucht die Wertschöpfungskette in ihrer ganzen Breite. Wenn einzelne Bereiche wegfallen, droht ein Dominoeffekt mit erheblichen Verlusten bei Produktion und Beschäftigung.

Bertram Brossardt
16. Oktober 2017

Inhalt

Position auf einen Blick	1
1 Die Ausgangslage	3
2 Die Position der vbw	5
2.1 Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts.....	5
2.2 Sicherung des Fachkräftebedarfs	5
2.3 Stärkung der Bildungsqualität	6
2.4 Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte	6
2.5 Förderung von Forschung und Entwicklung	7
2.6 Förderung von Unternehmensgründungen	7
2.7 Erhalt offener Märkte	8
2.8 Priorität der Digitalisierung	8
2.9 Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen.....	9
2.9.1 Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.....	9
2.9.2 Versorgungssicherheit von Strom und Energie	9
2.9.3 Schaffung einer intelligenten Regulierung.....	9
Ansprechpartner / Impressum.....	11

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Position auf einen Blick

Sicherung der Wertschöpfungskette im Inland

Der Industriestandort Deutschland und Bayern ist für die Unternehmen von sehr großer Bedeutung, vor allem im Hinblick auf die Beschäftigung. Der Beschäftigungsanstieg allein in den vergangenen fünf Jahren um 286.000 (+4,9 Prozent) in der deutschen und um 98.000 (+8,4 Prozent) in der bayerischen Industrie belegt dies eindrucksvoll. Trotz Internationalisierung der Wertschöpfungsketten verfügen die meisten Industrieunternehmen am Inlandsstandort über fast alle Unternehmensbereiche. Verschiedene Abteilungen üben hierbei einen gegenseitigen Klebeeffekt aus – dies gilt insbesondere für den Bereich der Forschung und Entwicklung (F+E) und die Produktion.

Unternehmensübergreifend stellt die Breite der Wertschöpfungskette einen Klebeeffekt dar. Der enge Verbund mit Lieferanten, Kunden und Kooperationspartnern ist ein entscheidender Standortvorteil Deutschlands und Bayerns. Hinzu kommt ein qualitativ hochwertiges Angebot an Arbeitskräften. Darauf sind die Unternehmen angewiesen, um ihre Strategien – Innovation, Kundenspezifizierung, hybride Wertschöpfung und Lösungskompetenz – zu verfolgen und um die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen.

Ziel muss es daher sein, auch künftig die Wertschöpfungskette in ihrer gesamten Breite am Inlandsstandort zu sichern. Konkret bedeutet dies:

- Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts, um die Beschäftigungsentwicklung nicht zu gefährden und den Arbeitsmarkt an das digitale Zeitalter anzupassen;
- Sicherung des Fachkräftebedarfs, um dem demografischen Wandel entgegen zu treten;
- Stärkung der Bildungsqualität, um ein hochqualifiziertes Arbeitskräfteangebot zur Verfügung zu stellen;
- Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte, um alle Segmente der Wertschöpfungskette zu sichern;
- Förderung von Forschung und Entwicklung, um über deren Klebeeffekt auch Produktion zu sichern;
- Förderung von Unternehmensgründungen, um von der „Start-Up-Kultur“ zu profitieren;
- Erhalt offener Märkte und Bekämpfung von Protektionismus, um die Chancen der Internationalisierung von Handel und Investitionen zu nutzen;
- Priorität für Digitalisierung, um deren Potenziale umfassend zu nutzen;
- Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen, um eine rentable Wertschöpfung zu ermöglichen, d.h. insbesondere
 - quantitativer und qualitativer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
 - Versorgungssicherheit von Strom und Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen,
 - Schaffung einer „intelligenten“ Regulierung.

1 Die Ausgangslage

Eine solche Subline zur Überschrift können Sie einfach mit der Formatvorlage „*Subline*“ formatieren. Eine Subline muss es immer geben.

Industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland und Bayern

Trotz Globalisierung und der internationalen Aufstellung unserer Unternehmen bleibt der Inlandsstandort von zentraler Bedeutung. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Beschäftigung. Ihr Inlandsanteil ist deutlich höher als der inländische Umsatzanteil.

Die Unternehmen haben ihre Wertschöpfungskette ausgewogen internationalisiert. Das entscheidende Motiv bei der Auswahl der Auslandsstandorte ist die Erschließung von Märkten in Verbindung mit einem im Vergleich zum Inland niedrigeren Kostenniveau. Die Auslandsproduktion geht bislang aber nicht zu Lasten der Wertschöpfung im Inland. Der Großteil der Auslandsinvestitionen hat bezogen auf die Inlandsproduktion sichernden oder ergänzenden Charakter. Gleiches gilt für Forschung und Entwicklung (F+E). Zwar werden in zunehmendem Maße auch im Ausland F+E-Kapazitäten aufgebaut, es wird jedoch grundsätzlich in der Region für die Region entwickelt. Die F+E Zentren bleiben im Inland.

Dies ist von großer Bedeutung für die inländische Wertschöpfung. Denn F+E übt einen ganz entscheidenden Klebeeffekt auf die Produktion aus. Das Vorhandensein beider Bereiche ermöglicht den schnellen und praktischen Austausch zwischen Entwicklern und Produktionsverantwortlichen. Weitere unternehmensinterne Klebeeffekte existieren zwischen der Produktion und den Service- und Vertriebsabteilungen sowie zwischen F+E und diesen Abteilungen.

Einen wichtigen externen Klebeeffekt bildet der enge Verbund zu Lieferanten und Kunden sowie zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das Vorhandensein der Wertschöpfungskette in ihrer ganzen Breite ist ein ganz entscheidendes Plus des Inlandsstandorts. Zu diesem Ergebnis kommt auch der internationale Vergleich der Industriestandorte, der vom IW Köln für die vbw jährlich durchgeführt wird.

Dies spiegelt sich auch innerhalb der Unternehmen wider. Sie verfügen über nahezu alle Unternehmensfunktionen am Inlandsstandort. Ein wichtiger Grund hierfür ist das Vorhandensein hochqualifizierter, motivierter und kreativer Arbeitskräfte.

Große Potenziale zur Sicherung gerade auch der inländischen Wertschöpfung bietet die Digitalisierung. Die Unternehmen erwarten sich hiervon effizientere und produktivere Prozesse. Dadurch eröffnen sich neue Möglichkeiten, trotz des hohen Arbeitskostenniveaus im Inland Wertschöpfung zu sichern und zu generieren. Die vbw Studie

Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung belegt, dass digitalisierte Unternehmen erfolgreicher sind als andere. Das Beschäftigungswachstum in den digitalisierten Unternehmen lag von 2013 bis 2016 um 42 Prozent über dem Durchschnitt, das Umsatzwachstum sogar um 84 Prozent.

Zudem erkennen die Unternehmen in der Digitalisierung die Chance auf neue Geschäftsmodelle. Eine besondere Rolle spielt dabei die Software. Industrieprodukte können mit ihrer Hilfe laufend auf dem neuesten Stand gehalten und mit zusätzlichen Funktionalitäten ausgestattet werden.

Die Ergänzung des industriellen Produkts mit Dienstleistungen (die sog. hybride Wertschöpfung), das Angebot von kundenspezifischen Komplettlösungen ist die wesentliche Strategie der Unternehmen. Durch Innovationen und Kundenorientierung soll eine Marktführerschaft gesichert bzw. erreicht werden. Auch hier spielt die Software als Schnittstelle zu den Kunden eine wichtige Rolle.

2 Die Position der vbw

Die Wertschöpfungskette in ihrer ganzen Breite im Inland sichern

Um industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland und Bayern weiterhin zu sichern, brauchen die Unternehmen attraktive Rahmenbedingungen, die es ihnen ermöglichen, rentabel am Inlandsstandort zu wirtschaften. Ziel muss es sein, die industrielle Wertschöpfungskette in ihrer ganzen Breite im Inland zu erhalten. Zudem benötigen die Firmen Bedingungen, die es ihnen erlauben, ihre Wettbewerbsstrategien Innovation, Kundenspezifizierung, hybride Wertschöpfung und Komplettlösungskompetenz zu verfolgen und insbesondere die Potenziale der Digitalisierung bestmöglich zu nutzen. Konkret sind die folgenden Aspekte von besonderer Bedeutung:

2.1 Modernisierung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts

Die Regelungen des Arbeitsrechts müssen an die moderne, sich wandelnde Wirtschaftswelt angepasst werden. Dies gilt in besonderem Maße im Hinblick auf die Digitalisierung. Arbeitsrechtliche und Arbeitsschutzregelungen dürfen den digitalen Wandel nicht behindern.

Deutschland und Bayern haben für die Unternehmen vor allem als Beschäftigungsstandort eine große Bedeutung. Der Inlandsanteil der Beschäftigten ist größer als der inländische Umsatzanteil. Im Inland sind die zentralen, steuernden Unternehmensfunktionen angesiedelt, die weniger wertschöpfungsintensiv sind, aber mehr Personal benötigen. Vor diesem Hintergrund sind ein Arbeitsmarkt und ein arbeitsrechtlicher Rahmen notwendig, der einem Beschäftigungsaufbau nicht im Wege steht. Der Rahmen muss Flexibilität bieten, damit Unternehmen ihre Strategien der Kundenspezifizierung, der Hybridisierung der Wertschöpfung und der Systemlösungskompetenz verfolgen können.

Insbesondere ist eine größere Flexibilität hinsichtlich der arbeitszeitlichen Gesetzgebung notwendig. Konkret muss die tagesbezogene Betrachtung der Arbeitszeit durch eine wochenbezogene Betrachtung ersetzt werden, ohne das individuelle Arbeitsvolumen zu erhöhen. Außerdem müssen die pauschalen Regelungen zur Ruhezeit angepasst werden.

2.2 Sicherung des Fachkräftebedarfs

Angesichts des demografischen Wandels sind spezielle Maßnahmen nötig, um den Unternehmen im Inland ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Fachkräften zur Verfügung zu stellen.

Dies ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Unternehmen auch künftig möglichst alle Unternehmensfunktionen am zentralen Inlandsstandort ausüben können.

Die vbw hat mit *Wir für Bayern – Aktionsprogramm Fachkräftesicherung* ein integriertes Gesamtkonzept zur Deckung des zukünftigen Fachkräftebedarfs aufgelegt, das fünf Bausteine enthält. Um die Verfügbarkeit von Fachkräften zu sichern muss einerseits das inländische Arbeitskräftepotenzial stärker erschlossen werden. Hierzu gehören die Verbesserung der Arbeitsmarktchancen durch Qualifizierung und Weiterbildung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen, eine breite Bildungsoffensive sowie eine Verlängerung der betrieblichen Wochen- und der individuellen Lebensarbeitszeiten. Neben diesen Ansätzen ist zudem eine gezielte Zuwanderung ausländischer Fachkräfte notwendig.

2.3 Stärkung der Bildungsqualität

Ein erstklassiges Bildungsangebot von der Vorschule über die Schule und die Universität bis zur Weiterbildung im Beruf ist Voraussetzung für ein hochqualifiziertes Angebot an Arbeitskräften.

Der wichtigste Rohstoff Deutschlands ist das Know-how seiner Menschen. Um F+E zu betreiben, Innovationen umzusetzen, die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen und die Komplexität von Kundenspezifizierung, hybrider Wertschöpfung und Systemlösungen zu bewältigen, brauchen Unternehmen top-ausgebildete Mitarbeiter.

Bildungseinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, Bildung auf höchstem Niveau anzubieten und diese möglichst vielen Menschen zu vermitteln. Abbruchquoten sind zu verringern, Unterrichtsausfälle auf ein Minimum zu reduzieren. Eine hervorragende Ausstattung der Schulen und Universitäten mit Lehrpersonal und Infrastruktur ist daher essenziell.

Moderne Bildung muss zudem digitale Kompetenzen vermitteln. Die Lehrinhalte sind digital zukunftsfähig auszurichten, das Lehrpersonal muss in allen Fächern entsprechend qualifiziert werden und die Bildungseinrichtungen müssen mit moderner Hard- und Software ausgestattet werden, die mit der privaten Ausstattung Schritt hält.

Die für die Industrie besonders relevanten MINT-Fächer sowie entsprechende Ausbildungsgänge sind weiterhin zu fördern, mit stärkerem Schwerpunkt auf Software und dem Zusammenspiel von Software und Mechanik.

2.4 Beschäftigungschancen für gering Qualifizierte

Trotz des strukturellen Wandels hin zu qualitativ immer höherwertigen Tätigkeits- und Berufsfeldern, wird es weiterhin Bedarf an geringer qualifizierten Tätigkeiten geben. Nur so kann die Breite der Wertschöpfungskette im Inland erhalten bleiben.

Erforderlich ist weiterhin ein Niedriglohnbereich, denn Löhne und Gehälter müssen sich an der Produktivität des Arbeitnehmers und seiner Tätigkeit orientieren. Dies muss insbesondere bei der künftigen Entwicklung des Mindestlohns berücksichtigt werden. Grundsätzlich muss die Lohnfindung weiterhin in den bewährten Händen der Tarifparteien bleiben.

Wenn das Arbeitseinkommen für einzelne Arbeitnehmer und deren Familien kein bedarfsgerechtes Einkommen ermöglicht, sorgt unser Sozialstaat mit ergänzenden Transferleistungen für Unterstützung. Zudem muss der Einzelne keineswegs dauerhaft im Niedriglohnsektor verharren – im Gegenteil: Der Niedriglohnbereich ist der Einstieg in den Aufstieg.

2.5 Förderung von Forschung und Entwicklung

Das Umfeld für Forschung und Entwicklung (F+E) sowie Innovationen von Unternehmen muss weiter verbessert werden. Kontinuierliche Investitionen in F+E und Innovationen sind eine Grundvoraussetzung für den Erhalt und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

Der F+E kommt auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil sie unternehmensintern einen starken Klebeeffekt auf die Produktion ausübt. Wird F+E ins Ausland verlagert, folgt meist zwangsläufig auch die Produktion. Die Potenziale hierfür sind gestiegen. Unternehmen investieren in zunehmendem Maße auch an Auslandsstandorten in F+E. Derzeit tun sie dies im Wesentlichen, um speziell für die Märkte vor Ort zu entwickeln. Doch sollte sich das Umfeld im Inland verschlechtern, ist es für Unternehmen heute wesentlich leichter, auch zentrale F+E Kapazitäten zu verlagern.

Erforderlich ist eine allgemeine Erhöhung der Ausgaben für F+E. Insbesondere die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung, die unabhängig von der Unternehmensgröße gewährt wird, ist dringend geboten. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung nimmt die Bedeutung von F+E noch weiter zu. Branchen- und Technologiegrenzen müssen hierbei überwunden werden. Auch die Wissenschaft muss für eine trans- und interdisziplinäre Forschung und Lehre sorgen. Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss optimiert werden.

2.6 Förderung von Unternehmensgründungen

Start-Ups und Unternehmensgründungen müssen gefördert und an den heimischen Standort gebunden werden. Dies gilt im Besonderen für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Zahlreiche junge Unternehmen weisen eine spezielle „Start-Up-Kultur“ auf. Sie fokussieren sich die schnelle Umsetzung von Lösungen und gehen oftmals nach dem Prinzip des „Trial and Errors“ vor. Viele etablierte Unternehmen schätzen diese Kultur und streben Kooperationen an, um davon zu profitieren.

Notwendig sind sowohl finanzielle Hilfen für Unternehmensgründungen inklusive der Weiterentwicklung eines venture capital Markts als auch organisatorische Unterstützung. Sinnvoll ist es, die staatlichen Angebote für Start-Ups auf einer einheitlichen Plattform zu bündeln. Auf dieser Plattform sollten auch die einzelnen Unternehmen sichtbar sein.

2.7 Erhalt offener Märkte

Die Politik muss auf offene Märkte setzen und protektionistischen Entwicklungen im Ausland entschieden entgegenreten.

Eine internationalisierte Wirtschaft wie Deutschland und Bayern braucht offene Märkte – sowohl im Hinblick auf den Außenhandel als auch auf Direktinvestitionen. Unsere Exportorientierung schafft Wertschöpfung und Beschäftigung im Inland. Durch die Internationalisierung der Wertschöpfungskette steigern Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit, was sich ebenfalls positiv auf die inländische Wertschöpfung auswirkt.

Die Bundesregierung muss sich für eine weitere Handelsliberalisierung einsetzen. Dazu gehören insbesondere der weltweite Abbau von Handelshemmnissen, die Stärkung und Weiterentwicklung der Welthandelsorganisation WTO, Fortschritte beim Abschluss von bilateralen und multilateralen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und eine Verbesserung des Investitionsschutzes.

2.8 Priorität der Digitalisierung

Es muss alles getan werden, um die Potenziale der Digitalisierung zu nutzen – sowohl in den Unternehmen als auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene.

Die Digitalisierung ist der entscheidende Megatrend der kommenden Jahre. Für reife Volkswirtschaften mit einem hohen Kapitalstock und einem schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzial verbleibt als einziger langfristiger Wachstumstreiber der technische Fortschritt, und hier insbesondere die Digitalisierung. Digitale Technologien bieten zudem die Chance, auch standardisierte Produktionsprozesse als wichtigen Teil der Wertschöpfungskette am Hochlohnstandort Deutschland zu halten.

Alle Standortfaktoren sind speziell im Hinblick auf die Digitalisierung zu optimieren. Insbesondere muss eine hochleistungsfähige digitale Infrastruktur geschaffen werden. Hierzu sind sowohl eine Glasfaser- als auch eine Mobilfunk-Initiative erforderlich, die flächendeckend konsequent umgesetzt werden müssen. Außerdem ist der Datenschutz intelligent zu modernisieren, sodass der Schutz der Nutzer gewährleistet ist und gleichzeitig neue Anwendungen nicht von vornherein verhindert werden.

Die Politik muss die Industrie bei der Digitalisierung und dem Übergang zur Industrie 4.0 in allen Bereichen unterstützen. Dies betrifft zum Beispiel Themen wie die Standardisierung, die Einrichtung von Plattformen, die Erforschung neuer Anwendungen oder

die Unterstützung bei internationalen Kooperationen und die Vertretung der Interessen innerhalb und gegenüber der EU sowie gegenüber Staaten außerhalb der EU. Außerdem muss die Sicherheit der digitalen Netze, insbesondere der Schutz gegen missbräuchliche Nutzung und Sabotage, gewährleistet sein.

2.9 Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen

Um industrielle Wertschöpfung dauerhaft am inländischen Standort zu sichern, müssen auch die klassischen Standortbedingungen kontinuierlich verbessert werden. Im Fokus stehen dabei folgende Aspekte:

2.9.1 Ausbau der Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist ein elementarer Produktionsfaktor für die Industrie. Der Zustand und Ausbau der Infrastruktur des Straßen-, Schienen- und Wasserverkehrs in Deutschland hinkt derzeit dem Bedarf hinterher und verhindert, dass das Land sein Potenzial voll entfalten kann. Notwendig sind eine ausreichende Finanzierung, eine zügige und vorausschauende Planung sowie eine rasche Umsetzung der Investitionsvorhaben. Deutschlandweit bestehen die größten Engpässe zurzeit bei der Planung und den langen Genehmigungsverfahren – Bayern bildet hier eine erfreuliche Ausnahme.

2.9.2 Versorgungssicherheit von Strom und Energie

Bund und Länder müssen eine zuverlässige Strom- und Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen für die Unternehmen sicherstellen. Versorgungssicherheit und Netzstabilität sind für Industrieunternehmen von höchster Relevanz. Die Kosten müssen aber ebenfalls im Blick bleiben. Um das Ziel zu erreichen, die gesamte Breite der Wertschöpfungskette am Standort zu halten, müssen auch energieintensive Unternehmen und Unternehmensbereiche zu wettbewerbsfähigen Kosten produzieren können.

Deshalb muss die Energiewende verlässlich und effizient auf Basis eines schlüssigen Gesamtkonzepts umgesetzt werden. Dazu muss ein marktwirtschaftliches Energiemarktdesign entwickelt werden. Die Strompreise müssen eingefroren und mittelfristig auf das Niveau vergleichbarer Wettbewerber abgesenkt werden. Von besonderer Bedeutung ist zudem der zügige und bedarfsgerechte Netzausbau.

2.9.3 Schaffung einer intelligenten Regulierung

Die Unternehmen brauchen einen verlässlichen, marktwirtschaftlich ausgerichteten Ordnungsrahmen, der die Belastung durch Regulierung und Bürokratie begrenzt und die notwendige Flexibilität sichert. Gefragt ist eine intelligente Regulierung, die flexibel genug ist, um technologischen Fortschritt nicht zu behindern, sondern im Gegenteil zu

fördern. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die digitale Wirtschaftswelt. Neue Organisationsformen der Arbeit, z. B. über Plattformen, dürfen nicht überreguliert werden. Eine intelligente Regulierung muss den Schutz von Daten gewährleisten und ohne die Nutzung und Weiterentwicklung digitaler Technologien wie Cloud-Computing, Big Data oder Internet der Dinge zu behindern.

Ansprechpartner / Impressum

Volker Leinweber

Leiter Volkswirtschaft

Telefon 089-551 78-133

Telefax 089-551 78-294

volker.leinweber@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de